Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN / GERHARD HERDEGEN

Einstellungen zu Europa und zur europäischen Integration

Es ist wie so oft: der erste Blick täuscht. Eine Momentaufnahme grundsätzlicher Einstellungen zur Europäischen Gemeinschaft und zur europäischen Integration scheint als Befund des Jahres 1982 ein für den engagierten Europäer eigentlich durchaus erfreuliches Bild zu ergeben. Auf eine der Standardfragen, welche auf Initiative der Kommission der Europäischen Gemeinschaften seit 1973 regelmäßig erhoben werden, auf die Frage nämlich, ob die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft eine gute oder schlechte Sache sei, antworteten bei der letzten europaweiten Erhebung im Oktober 1982 51 Prozent der Bewohner der zehn Gemeinschaftsländer positiv, nur 15 Prozent sprachen von einer „schlechten Sache"[1].

Auch die Frage „Sind Sie – alles in allem – für oder gegen die Bemühungen um die Einigung Westeuropas?" wird im Herbst 1982 von 70 Prozent der EG-Bewohner positiv beantwortet, nur 14 Prozent sprechen sich dagegen aus. Die entsprechenden Vergleichswerte für die Bundesrepublik Deutschland lauten für die erste Frage 51 zu 9 Prozent, für die zweite 70 zu 16 Prozent. Derart deutliche Mehrheiten pro-europäischer Einstellung lassen die europäische Sache auf gutem Wege erscheinen. Aber die Wirklichkeit ist differenzierter zu sehen. Bezieht man nämlich die historische Dimension, den Zeitvergleich in die Betrachtung ein, wird das freundliche Bild getrübt. Die Ergebnisse von 1982 sind sowohl im Durchschnitt sämtlicher EG-Staaten als auch für die Bundesrepublik europakritischer als in früheren Jahren. Dies läßt sich am Beispiel des Urteils über die EG-Mitgliedschaft des eigenen Landes illustrieren (siehe Tabelle 1, S. 292): als „eine gute Sache" befanden die EG-Mitgliedschaft im Mittel der Jahre 1974 bis 1980 57 Prozent der EG-Bewohner gegenüber nur 51 Prozent heute. Noch stärker abgetragen wurde das positive Urteil in der Bundesrepublik, wo aus 60 Prozent jetzt 51 Prozent geworden sind. Man muß aber hinzufügen, daß die Verluste an Zustimmung nicht im gleichen Maße von einer Zunahme der EG-Gegnerschaft begleitet wurden, sondern eher der indifferenten Position des „weder gut noch schlecht" zugute gekommen sind (siehe Tabelle 1).

Die andere bereits angesprochene Frage, die nicht die konkrete Mitgliedschaft in der EG, sondern die langfristige Zielsetzung der Einigung Westeuropas zum Inhalt hat, vermittelt ein ähnliches Bild (siehe Tabelle 2, S. 293). Das

Tabelle 1:
FRAGE: „Ist die Mitgliedschaft Ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?"

	Sept. 1973 %	1974–1980 (14 Umfragen) %	April 1981 %	Okt. 1981 %	April 1982 %	Okt. 1982 %
Europäische Gemeinschaft						
Gute Sache	56	57	50	53	52	51
Weder gut noch schlecht	20	22	25	26	26	27
Schlechte Sache	11	13	17	14	14	15
Keine Antwort	13	8	8	7	8	7
	100	100	100	100	100	100
Bundesrepublik Deutschland						
Gute Sache	63	60	49	58	54	51
Weder gut noch schlecht	22	24	28	26	31	34
Schlechte Sache	4	6	9	6	8	9
Keine Antwort	11	10	14	10	7	6
	100	100	100	100	100	100

Quelle: Euro-barometer Nr. 18/Dezember 1982, Tabelle 25. – Umfragen in den Ländern der EG, Bevölkerung ab 15 Jahre.

Engagement ist EG-weit wie in der Bundesrepublik zurückgegangen[2]. Das überzeugte „sehr dafür", dem sich bei der ersten Euro-Barometer-Umfrage 1973 noch 49 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung anschlossen, wird Ende 1982 nur noch von 28 Prozent geäußert. Die etwas lauere, distanziertere Position des „etwas dafür" ist in dieser Zeit von 29 auf 42 Prozent angewachsen. Nicht zu übersehen: der Kreis der Integrationsgegner hat sich im Laufe der Jahre erweitert (von 6 auf 16 Prozent). Aber Opposition gegen das Ziel der europäischen Einigung bleibt noch immer Sache einer relativ kleinen Minderheit.

Entsprechende Erhebungen des Instituts für Demoskopie Allensbach bestätigen für die Bundesrepublik die Feststellungen der EG-Umfragen. 1982 erscheint als vorläufiger Schlußpunkt des nachlassenden Interesses an Europa und an der (west-) europäischen Integration, wie sich mit einer Reihe nationaler Befunde darlegen läßt.

„Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten zu einem Vereinigten Europa", dieses Statement aus einem umfassenden Katalog politischer Forderungen taucht seit Beginn entsprechender Allensbacher Erhebungen bestenfalls im

Tabelle 2:
FRAGE: „Sind Sie alles in allem für oder gegen die derzeitigen Bemühungen zur Vereinigung Westeuropas? Sind Sie sehr dafür, etwas dafür, etwas dagegen oder sehr dagegen?"*

	Sept. 1973 %	1975–1980 (7 Umfragen) %	April 1981 %	Okt. 1981 %	April 1982 %	Okt. 1982 %
Europäische Gemeinschaft						
Sehr dafür	30	30	26	31	26	26
Etwas dafür	33	42	43	43	45	44
Etwas dagegen	6	7	10	9	10	10
Sehr dagegen	5	4	6	4	5	4
Keine Antwort	26	17	15	13	14	16
	100	100	100	100	100	100
Bundesrepublik Deutschland						
Sehr dafür	49	38	31	38	33	28
Etwas dafür	29	41	39	37	45	42
Etwas dagegen	4	5	9	11	7	11
Sehr dagegen	2	1	4	1	3	5
Keine Antwort	16	15	17	13	12	14
	100	100	100	100	100	100

* lt. Euro-barometer Nr. 17/Juni 1982 lautete die bis dahin gestellte Frage: „Sind Sie – alles in allem – für oder gegen die Bemühungen um die Einigung Westeuropas? ..."

Quelle: Euro-barometer Nr. 18/Dezember 1982, Tabelle 20. – Umfragen in den Ländern der EG, Bevölkerung ab 15 Jahre.

Mittelfeld der Prioritätenliste auf. 1979, im Jahr der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament, bezeichneten immerhin 53 Prozent diese Forderung als „besonders wichtig" (an erster Stelle wurde damals „Daß die Preise weniger stark steigen" von 87 Prozent der Bevölkerung genannt). Mitte 1982 zählen nur noch 32 Prozent die europäische Integration zu den „besonders wichtigen" Aufgaben (Rang 1: „Daß die Arbeitslosigkeit überwunden wird" 88 Prozent) (siehe Tabelle 3, S. 294).

Um unbeeinflußt durch Vorgaben des Instituts zu erfahren, welcher Aufgabe die Bevölkerung die höchste Priorität zuweist, stellt Allensbach seit Bestehen der Bundesrepublik die Frage „Was halten Sie für die wichtigste Frage, mit der man sich heute in der Bundesrepublik allgemein beschäftigen sollte?" Einen Spitzenplatz hat die Forderung nach der Vereinigung Europas zu keiner Zeit eingenommen. Aber immerhin erreichte sie einmal, im Januar 1963 (es waren

Tabelle 3:
Aus einem Katalog politischer Forderungen wird als „besonders wichtig" genannt: „Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten zu einem Vereinigten Europa".

Dez. 1979 %	Juni 1980 %	Sept. 1980 %	Nov. 1980 %	Mai 1981 %	Okt./Nov. 1981 %	Mai/Juni 1982 %
53	46	38	42	48	41	32

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3171, 3183, 3192, 3195, 4103, 4001, 4119. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

die Tage der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages durch Charles de Gaulles und Konrad Adenauer) den in Anbetracht der offenen Ermittlung bemerkenswerten Satz von 12 Prozent[3] und bewegte sich in den folgenden Jahren bis 1969 um durchschnittlich 3 bis 4 Prozent, zwischendurch auch fünf Prozent. Seit Beginn der siebziger Jahre ist das Thema europäische Vereinigung als wichtigste Aufgabe demoskopisch praktisch nicht mehr faßbar. Im Januar 1983 wurde es von 0,1 Prozent der Bundesbürger genannt.

Wenn das positive Interesse am Zusammenschluß Europas in den letzten Jahren auch zusehends erlahmt ist, so bedeutet das trotzdem keine aktive Abkehr der Bevölkerung von der bestehenden europäischen Integration. Die hypothetische Fragestellung, wie eine Auflösung der Europäischen Gemeinschaft aufgenommen würde (siehe Tabelle 4, S. 295), zeigt, daß auch im Jahre 1982 immerhin 62 Prozent der Bundesbürger einen solchen Schritt bedauern würden. Gleichwohl wird aus dem Zeitvergleich die nachlassende emotionale Bindung sichtbar. Tabelle 4 macht gleichzeitig deutlich, daß wie in früheren Jahren das Thema Europäische Gemeinschaft auch heute von den verschiedenen politischen Richtungen in der Bundesrepublik nicht kontrovers gesehen wird. Es hat keine parteipolitischen Konturen.

Retardierende Positionen auf dem Wege nach Europa

Die Deutschen in der Bundesrepublik hatten sich nach dem Zusammenbruch von 1945 auf der Flucht vor ihrer eigenen nationalen Vergangenheit der Europa-Idee geöffnet wie kein zweites Land. Die Mehrheit erklärte sich sogar bereit, die nationale Souveränität zugunsten europäischer Zuständigkeiten aufzugeben. Aber im Laufe der Jahre, mit Festigung der europäischen Integration einerseits und der neuen staatlichen Struktur der Bundesrepublik andererseits nahm die Bereitschaft dazu ab. Zwischen 1974 und 1977 liegt, wie aus Allensbacher Daten analysiert werden kann, ein Bruchpunkt im Vertrauen der Deutschen zum supranationalen Weg nach Europa[4]. Nach einer leichten Korrektur

Tabelle 4:
FRAGE: „Angenommen, Sie hören auf einmal, daß die EG, die Europäische Gemeinschaft wieder aufgelöst wird – wie würden Sie diese Nachricht aufnehmen?"

Bundesrepublik Deutschland

	Bevölkerung insgesamt %	CDU/CSU-Anhänger %	SPD-Anhänger %	FDP-Anhänger %	Grüne-Anhänger %
	April 1978				
Wäre sehr bedauerlich	33	33	33	35	–
Ziemlich bedauerlich	31	31	31	35	–
Wäre gleichgültig	16	15	15	8	–
Eher ein Vorteil	7	8	8	11	–
Weiß nicht	13	13	13	11	–
	Mai 1982				
Wäre sehr bedauerlich	27	28	29	34	33
Ziemlich bedauerlich	35	37	33	39	35
Wäre gleichgültig	16	17	13	12	17
Eher ein Vorteil	10	11	9	15	10
Weiß nicht	12	7	16	x	5
	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3056, 4008. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

im Jahre der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament erscheint diese Aversion gegen die Supranationalität 1982 wieder aufgelebt[5].

Zwei Beispiele sollen diese Einstellungsänderung belegen. Das eine betrifft den Verzicht auf ein nationales Symbol, nämlich die deutsche Fahne, zugunsten einer europäischen Fahne. Das andere, der Verzicht auf die eigene DM-Währung zugunsten eines einheitlichen europäischen Geldes, hat nicht nur Symbolcharakter, sondern auch sehr realen wirtschaftlichen Hintergrund (siehe Tabelle 5, S. 296). Beide Trendentwicklungen besagen aber dasselbe. Im Vergleich zur ersten Hälfte der siebziger Jahre zeigen sie eine bemerkenswert gewachsene Betonung nationaler Eigenständigkeit gegenüber supranationalen Lösungen, ohne daß – wie übrige Umfrageergebnisse belegen – in dieser Zeit die nationale Komponente im deutschen Bewußtsein generell stärker in Erscheinung getreten wäre. Im Gegenteil, im internationalen Vergleich liegen die Deutschen der Bundesrepublik in ihrem nationalen Selbstbewußtsein noch immer weit unter dem Niveau ihrer europäischen Nachbarn[6].

Tabelle 5:

FRAGE: „Wären Sie dafür oder dagegen, daß bei großen offiziellen Feierlichkeiten nicht mehr die deutsche Fahne, sondern eine europäische Fahne aufgezogen wird?"

Bundesrepublik Deutschland

	März 1970 %	Aug. 1977 %	März/April 1979 %	Mai 1982 %
Dafür	35	21	27	21
Dagegen	41	60	43	52
Egal	18	14	25	22
Unentschieden	6	5	5	5
	100	100	100	100

FRAGE: „Wären Sie dafür oder dagegen, wenn es keine D-Mark mehr geben würde, sondern nur noch ein einheitliches europäisches Geld?"

	März 1970 %	März 1974 %	Aug. 1977 %	März/April 1979 %	Mai 1982 %
Ich wäre dafür	52	57	35	39	33
Dagegen	26	22	49	40	45
Egal	14	13	11	15	15
Unentschieden	8	8	5	6	7
	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 2060, (3002), 3046, 3066, 4008. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Die deutsche Bevölkerung nimmt gegenwärtig mit ihrer im Vergleich zu früher größeren Zurückhaltung gegenüber den Integrationszielen und -maßnahmen keine Sonderstellung ein, wie u.a. aus der Gegenüberstellung EG – Bundesrepublik in den Tabellen 1 und 2 hervorgeht. Man kann zusätzlich und mit Bezug auf andere Indikatorfragen die EG-Kommission zitieren, die davon spricht, daß „die supranationale Auffassung fast überall zurückgegangen ist"[7].

Für diesen Rückgang werden viele Gründe genannt. Die Unüberschaubarkeit und Kompliziertheit der europäischen Entscheidungsprozesse, die ausgeuferte Bürokratie, das Auseinanderklaffen von Erwartungen und Wünschen der EG-Bürger einerseits und Leistungsvermögen der Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite[8].

Einer der Gründe der größeren Reserviertheit gegenüber Europa und zwar ein für die Stimmung der Bevölkerung recht erheblicher, dürfte in einem

gewissen Futterneid der Gemeinschaftsmitglieder untereinander liegen. Waren 1978 ‚nur' in fünf von neun EG-Mitgliedsländern (relative) Mehrheiten der Überzeugung, ihr Land profitiere weniger von der Gemeinschaft als andere Mitgliedsländer, so hat sich diese Ansicht mittlerweile auf alle EG-Staaten ausgedehnt und ist dort zur (relativen) Mehrheitsmeinung geworden[9]. In der Tat keine gedeihliche sozialpsychologische Basis für ein Integrationswerk. Sie wird obendrein ergänzt durch die Tendenz zum Abbau der EG-internen Solidarität. Bereit zu persönlichen Opfern, „z.B. etwas mehr Steuern zu zahlen", um einem EG-Partner mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten beizuspringen, wären heute nur noch 33 Prozent der EG-Bewohner nach 40 Prozent in 1981 und 41 Prozent in 1978 („Nicht bereit" 1978: 43 Prozent, 1981: 46 Prozent, 1982: 54 Prozent)[10].

Das direkt gewählte Europäische Parlament

Der Impuls, den viele von der ersten Direktwahl des Europa-Parlaments für die Weiterentwicklung des europäischen Bewußtseins erwartet hatten, hat in der erhofften Dimension wohl nie stattgefunden. Was an Antriebskraft kurzfristig mobilisiert worden ist, scheint längst verpufft, wenn nicht von der seitherigen Entwicklung sogar konterkariert. Geblieben ist ein nur mäßig gewachsenes Kenntnisniveau über die Existenz des Europa-Parlaments und die Auswahlmodalität seiner Mitglieder[11]. Die EG-Kommission spricht denn auch von einem „recht geringen Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments bei der breiten Öffentlichkeit", die von der Arbeit des Parlaments – sofern überhaupt – eher einen negativen Eindruck hat[12].

Der entscheidende Test, ob nach den Erfahrungen seit 1979 die Bevölkerung bereit ist, dem Europa-Parlament mehr Befugnisse zuzubilligen, hat zumindest in der Bundesrepublik einen negativen Ausgang genommen (siehe Tabelle 6). Daß die Bundesbürger mit dieser Haltung nicht allein stehen, darauf deuten die EG-weiten Urteile über das Parlament und das Ergebnis einer in der Zielrichtung vergleichbaren Frage der EG-Kommission hin. In Deutschland ist gegenüber 1979 die Bereitschaft, dem direkt gewählten Europäischen Parlament nicht nur beratende, sondern auch bestimmende Kompetenz zuzuweisen, spürbar zurückgegangen. Es hat sich, wie aus dem starken Anstieg der unentschiedenen Stimmen hervorgeht, Unsicherheit über die Rolle des Parlaments in der EG breit gemacht. In einer Parallelität der Entwicklung in der Bundesrepublik wie in der gesamten EG hat sich auch die Zahl derer merklich verringert, die eine europäische Regierung mit Exekutivbefugnissen „in einigen wichtigen Bereichen" haben wollen (siehe Tabelle 6, S. 298). Die Tendenz läuft zugunsten der nationalen Kompetenzen.

Ansatzpunkte für eine Wiederbelebung

Verblassen der supranationalen Idee, abnehmendes Interesse an der Integration Europas, Überbetonung der mit der EG-Mitgliedschaft verbundenen

Tabelle 6:

FRAGE: „Wieviel Einfluß sollte das direkt gewählte Europäische Parlament haben? Sollte es die Regierungen der Mitgliedsländer nur beraten können, oder sollte es die Politik der Mitgliedsländer in einigen Bereichen bestimmen können oder in allen Bereichen bestimmen können?"

Bundesrepublik Deutschland

	März/April 1979 %	Mai 1982 %
Nur beraten	35	32
In einigen Bereichen bestimmen	42	37
In allen Bereichen bestimmen	8	7
Unentschieden, keine Antwort	15	24
	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3066, 4008. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Frage: „Es gibt zwei Ansichten über die weitere Zukunft der Europäischen Gemeinschaft:

- Einige Leute meinen, die Europäische Gemeinschaft sollte nicht nur ein direkt gewähltes Parlament haben, sondern auch eine richtige Regierung, die in einigen wichtigen Bereichen das letzte Wort haben soll.
- Andere hingegen meinen, die jeweiligen Regierungen der einzelnen Mitgliedsländer sollten das letzte Wort haben.

Welche dieser Aussagen entspricht Ihrer eigenen Ansicht am ehesten?" (Vorlage einer Liste)

Europäische Gemeinschaft/Bundesrepublik Deutschland

	Europäische Gemeinschaft		Bundesrepublik Deutschland	
	Mai 1979 %	April 1982 %	Mai 1979 %	April 1982 %
Eine richtige Europäische Regierung	41	36	40	35
Das letzte Wort bleibt bei den nationalen Regierungen	41	46	40	49
Keine Antwort	18	18	20	16
	100	100	100	100

Quelle: Euro-Barometer Nr. 17/Juni 1982, Tabelle 35. – Umfragen in den Ländern der EG, Bevölkerung ab 15 Jahre.

Lasten: läßt die Bilanz der öffentlichen Meinung im Jahre 1982 überhaupt noch Ansätze für eine positive Entwicklung erkennen?
Die erste Feststellung mag für den engagierten Europäer wie ein gutgemeintes Wort des Trostes in der europäischen Integrationsdüsternis wirken, aber sie ist für die Chancen des weiteren Integrationsprozesses von enormer Wichtigkeit. Noch ist es so, daß die Tendenzen des Meinungsklimas gegenüber Europa nicht von Ablehnung und Gegnerschaft charakterisiert werden, sondern von zunehmendem Desinteresse, von Indifferenz. Dieser Prozeß kann aufgefangen, kann leichter wieder in positive Bahnen gelenkt werden, als wenn sich Gegnerschaft erst einmal stärker artikuliert und – vielleicht auch in parteipolitischen Konturen – formiert hat.

Für die Förderung der europäischen Idee gibt es aus deutscher Perspektive auch und gerade vor der heranrückenden zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament Ansatzpunkte. Es besteht nämlich durchaus Interesse, mehr über die Europäische Gemeinschaft, über ihre Aufgaben und Ziele zu erfahren. Ein im Frühjahr 1982 angestellter Vergleich über die Informationsversorgung der Öffentlichkeit auf vier politischen Gebieten führte dies vor Augen. Weder über die NATO noch über die Grünen wurde auch nur annähernd so viel Informationsdefizit geäußert wie über die Europäische Gemeinschaft (siehe Tabelle 7, S. 300).

Diese Feststellung wurde Ende des Jahres durch ein weiteres Umfrageergebnis untermauert. Ein Test der Reaktionen auf die Regierungserklärung Bundeskanzler Kohls vom 13. Oktober ermittelte u.a. die Informationswünsche der Bevölkerung zu insgesamt 29 Themen aus allen Politikbereichen. Bei 59 Prozent für das am häufigsten genannte Gebiet (Fragen zur Rentenversicherung) brachte es das Thema ‚europäische Einigung' auf bemerkenswerte 44 Prozent, überdurchschnittlich oft von jungen Leuten genannt (siehe Tabelle 7, S. 300).

Diese beiden nationalen Ergebnisse decken sich mit einem auf EG-Ebene erhobenen Befund der Kommission. Diese konstatiert nämlich, in den meisten Gemeinschaftsländern, darunter auch in Deutschland, bestehe potentielles Interesse für die EG und ihre Probleme, das „durch eine entsprechende Informationspolitik" angesprochen werden könne. Als „potentiell mobilisierbar" werden unter diesem Aspekt 40 bis 50 Prozent der EG-Bewohner (außer Griechenland und Belgien mit niedrigeren Quoten) bezeichnet[13]. Die politische Frage, warum angesichts solcher Befunde nicht konsequenter diese Förderungsmöglichkeit des Europagedankens genutzt wird, muß sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene beantwortet werden.

Unter dem Eindruck der an vielen Meßlatten festgestellten Europamüdigkeit stößt man in den Allensbacher Umfragen von 1982 auf ein überraschendes Ergebnis. Überraschend vor allem, wenn man seine Vorgeschichte kennt. „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem Vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?" Auf diese Frage haben seit 1973 in der Bundesrepublik noch nie so viele Menschen mit „schneller" geantwortet wie im Mai

Tabelle 7:

FRAGE: „Wenn Sie hören, die Bevölkerung wird über Aufgaben und Ziele der Europäischen Gemeinschaft viel zu wenig unterrichtet. – Würden Sie da zustimmen oder nicht zustimmen?"
(Parallel dazu in drei weiteren repräsentativen Teilstichproben – Viertelgruppen –:
– „... über Aufgaben und Ziele der NATO, also das westliche Verteidigungsbündnis ..."
– „... über die politischen Ziele der Grünen ..."
– „... über das Erbschaftsrecht bei uns in der Bundesrepublik ...")

Bundesrepublik Deutschland

Mai 1982	Europäische Gemeinschaft %	NATO %	Grüne %	Erbschaftsrecht %
Zustimmen	62	44	39	53
Nicht zustimmen	12	25	35	13
Unentschieden, kein Urteil	26	31	26	34
	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4008. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Frage: „Hier auf diesen Karten stehen Maßnahmen, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Wenn Sie die Karten bitte einmal auf dieses Blatt hier verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, darüber bin ich inzwischen genug informiert, oder darüber, was gemacht werden soll, hätte ich gern mehr Information. Karten, bei denen Sie sich gar nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite." (Vorlage eines Kartenspiels)

„Die Einigung Europas vorantreiben"

Dezember 1982	Insgesamt	Altersgruppen			
		16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%
Darüber hätte ich gern mehr Imformation	44	48	44	40	44
Darüber bin ich genug informiert	31	26	34	34	31
Unentschieden	25	26	22	26	25
	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4019. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

1982 (siehe Tabelle 8). Bei einem Gesamtergebnis von 50 Prozent erscheinen vor allem die jüngeren Leute und die höher gebildeten von Ungeduld in Sachen Europa gekennzeichnet. Und das bewußte Bremsen der Integration – „langsamer" – wollen nur 6 Prozent der Bevölkerung.

Tabelle 8:
FRAGE: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem Vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?"

Bundesrepublik Deutschland

	1973 %	1975 %	1976 %	1978 %	1982 %
Schneller	49	47	41	38	50
Langsamer	4	6	9	7	6
Wie bisher	34	36	37	34	27
Unentschieden	13	11	13	21	17
	100	100	100	100	100

Mai 1982

	Insgesamt	Altersgruppen				Schulbildung		Parteipräferenz			
		16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 Jahre u. älter	Volksschule	Höhere Schule	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Schneller	50	55	48	51	45	44	59	53	50	54	64
Langsamer	6	5	7	5	6	5	7	7	6	5	7
Wie bisher	27	22	34	28	26	30	23	26	27	34	12
Unentschieden	17	18	11	16	23	21	11	14	17	7	17
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: 1973–1978 jeweils Herbstumfragen der EG, Bevölkerung ab 15 Jahre; Mai 1982: IfD-Umfrage 4008, Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Liegt die Europamüdigkeit, die uns 1982 begegnet, am Ende nicht so sehr in einem Überdruß an der Integration als in nicht erfüllten Erwartungen? Sollte das, was geschieht und auf dem Weg zum Ziel Europa nach dem Wunsch der Mehrheit auch geschehen soll, nur schneller und für die breite Öffentlichkeit deutlicher wahrnehmbar vor sich gehen?

Anmerkungen

1 Kommission der EG (Hrsg.), Euro-barometer Nr. 18, Dezember 1982, Tabelle 25.

2 Vgl. dazu Bulletin der EG, 12/1982, S. 125, wo es u.a. heißt, die EG-Umfrageergebnisse vom Herbst 1982 ließen von Land zu Land „durchweg einen mehr oder weniger vagen proeuropäischen Konsens erkennen", dieser sei „jedoch seit 1973 in nahezu allen Ländern rückläufig, vor allem jedoch in Deutschland".

3 Damals am häufigsten genannt: Wiederherstellung der Einheit Deutschlands (31 Prozent), Verbesserung der wirtschaftlichen Lage (21 Prozent).

4 Vgl. dazu Elisabeth Noelle-Neumann, Skeptische Hoffnungen auf Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 6. 1979; dies., Phantom Europe, Thirty Years of Survey Research on German Attitudes Towards European Integration, in: Leon Hurwitz (Hrsg.), Contemporary Perspectives on European Integration, Westport/Connecticut 1980, S. 53-74.

5 Diese Korrektur in Richtung auf größeres Europa-Interesse im Zusammenhang mit der Europa-Wahl von 1979 wird durch zahlreiche Indikatoren bestätigt; vgl. dazu Euro-barometer Nr. 18, Dezember 1982, Tabellen A 83f. und A 106.

6 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Brauchen wir mehr Nationalstolz? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 8. 1982.

7 Euro-barometer Nr. 17, Juni 1982, S. 73.

8 Vgl. dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration am Anfang der achtziger Jahre, in Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1980, S. 13-35, insbes. S. 14f.

9 Vgl. Euro-barometer Nr. 18, Dezember 1982, S. 69f.

10 Vgl. ebenda, S. 66–72.

11 Vgl. dazu Alexander Boguslawski, Direktwahl zum Europäischen Parlament und Europa-Bewußtsein. Eine demoskopische Bilanz drei Jahre nach der Wahl, in: Europa-Archiv, Folge 1, 1983, S. 7–14.

12 Euro-barometer Nr. 18, Dezember 1982, S. 89–94.

13 Euro-barometer Nr. 17, Juni 1982, S. 46–65.

Weiterführende Literatur

Bender, Peter, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin: Severin und Siedler 1981.

Boguslawski, Alexander, Direktwahl zum Europäischen Parlament und Europa-Bewußtsein. Eine demoskopische Bilanz drei Jahre nach der Wahl, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 1, S. 7–14.

Ders., Rückzug aus Europa? Das europapolitische Bewußtsein der Deutschen im Spiegel der Demoskopie, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 1, S. 9–20.

Frei, Daniel (Hrsg.), Europa – ein Kontinent im Wandel, Zürich: Schulthess 1980.

Herz, Thomas, Europa in der öffentlichen Meinung, Bonn: Europa Union Verlag 1978.

Hurwitz, Leon (Hrsg.), Contemporary Perspectives on European Integration, Westport, Connecticut, Greenwood Press 1980.

Kommission der EG (Hrsg.), Euro-barometer, Brüssel (erscheint halbjährlich).

Narjes, Karl-Heinz, Perspektiven der politischen Integration Europas. Der politische Gesamterfolg steht noch aus, in: Europarecht, Baden-Baden 1981, H. 4, S. 414–425.

Noelle-Neumann, Elisabeth, Skeptische Hoffnungen auf Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1. 6. 1979.

Weidenfeld, Werner, Europa 2000. Zukunftsfragen der europäischen Einigung, München/Wien: Olzog Verlag 1980.